

Interpellation Fraktion GLP (Michael Köpfli, GLP): In der Stadt Bern wählen, abstimmen oder gar gewählt werden, aber wo anders Steuern zahlen?

Gemäss geltender Gesetzgebung ist es offenbar möglich, dass Personen ihre politischen Rechte nicht in der gleichen Gemeinde wahrnehmen wie sie Steuern bezahlen. Konkret kann sich eine Wochenaufenthalterin oder ein Wochenaufenthalter in seiner Wohnsitzgemeinde (wo er steuerpflichtig ist) aus dem Stimmregister streichen lassen und sich stattdessen im Stimmregister der Stadt Bern eintragen lassen und schon besitzt er in der Stadt Bern alle politischen Rechte. Aus Sicht der Grünliberalen ist diese Möglichkeit sehr stossend. Wir finden es falsch, wenn jemand, der in einer anderen – womöglich viel steuergünstigeren – Gemeinde Steuern zahlt, in der Stadtberner Politik voll mitreden kann. Wer mitentscheidet, soll auch die Folgen seiner Entscheide mittragen müssen.

In dem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Personen gibt es aktuell, die in der Stadt Bern das Stimm- und Wahlrecht besitzen, die Steuern aber in einer anderen Gemeinde bezahlen?
2. Gibt es bei den anstehenden Gemeindewahlen oder gab es bei früheren Gemeinde- oder Grossratswahlen Kandidatinnen und/oder Kandidaten, die ihren steuerlichen Wohnsitz nicht in der Stadt Bern haben oder hatten? Wenn Ja, wurde sogar eine betreffende Person in ein Amt gewählt?
3. Findet es der Gemeinderat nicht stossend, dass Personen in der Stadt Bern politisch mitentscheiden, die den steuerlichen Wohnsitz in einer anderen Gemeinde haben?
4. Hat die Stadt Bern grundsätzlich die Möglichkeit, dies zumindest für städtische Wahlen und Abstimmungen auszuschliessen?

Bern, 1. November 2012

Erstunterzeichnende: Michael Köpfli

Mitunterzeichnende: Daniel Imthurn, Peter Ammann, Jürg Weder, Claude Grosjean, Luzius Theiler